

Presse

Zitate aus dem Medienecho des IAB

[Süddeutsche Zeitung]

Während 1970 in Westdeutschland jeder Erwerbstätige 1966 Stunden arbeitete, waren es 1991 nur noch 1559 Stunden, hat das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) errechnet.

Süddeutsche Zeitung vom 11.5.2013

[Die Zeit]

„Wir beobachten eine Aufwärtsbewegung“, sagt Helmut Rudolph vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Der Experte beschäftigt sich seit Jahren mit den Aufstockern, die es unter anderen Bezeichnungen auch schon vor Hartz IV gab. Für ihn ist klar: „Es gibt weniger Bedürftige, mehr Erwerbstätige, und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer ist schneller gewachsen als die der entsprechenden Aufstocker - das ist eine positive Entwicklung.“

Die Zeit vom 16.5.2013

[Der Spiegel]

Auch Ökonomen fordern, dass Europa endlich handeln müsse. „Die Langfristaussichten der Jugendlichen sind in den Krisenländern ziemlich düster. Damit steigt die Gefahr der Radikalisierung einer ganzen Generation“, warnt Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Der Spiegel vom 18.5.2013

[Nürnberger Zeitung]

Nach der Analyse des Arbeitsmarktforschers Herbert Brücker ist das Qualifikationsniveau der Zuwanderer nach Deutschland seit dem

Jahr 2000 langsam, aber stetig gestiegen. Das in der Öffentlichkeit immer noch existierende Bild, es kämen nur Geringqualifizierte aus dem Ausland nach Deutschland, stimme so nicht mehr, sagte Brücker, der Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ist. Er sprach von einer „neuen Struktur der Zuwanderung“.

Nürnberger Zeitung vom 25.5.2013

„Die Langfristaussichten der Jugendlichen sind in den Krisenländern ziemlich düster. Damit steigt die Gefahr der Radikalisierung einer ganzen Generation.“

Joachim Möller

[dpa]

Für immer weniger Beschäftigte in Deutschland gilt nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern ein sogenannter Branchentarifvertrag. Im Jahr 2012 seien nur noch 53 Prozent der westdeutschen und 36 Prozent der ostdeutschen Mitarbeiter unter eine branchenweite Tarifbindung gefallen, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am Montag. Im Jahr 1996 seien es noch 70 Prozent der Beschäftigten in den alten und 56 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern gewesen.

dpa vom 3.6.2013

[reuters]

Die umstrittenen Hartz-Reformen haben nach einer Studie des Forschungsinstituts der Bun-

desagentur für Arbeit zur Trendwende am Arbeitsmarkt beigetragen. „Unternehmen bieten mehr offene Stellen, Arbeitslose finden schneller einen Job und mehr Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor den Reformen“, hieß es in der am Dienstag veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). „Die Funktionsweise des Arbeitsmarkts hat sich verbessert.“

reuters vom 16.6.2013

[Der Tagesspiegel]

In Deutschland leben 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen in verdeckter Armut. Das heißt, dass sie kein Hartz IV beantragen, obwohl sie wegen geringen Einkommens oder Vermögens Anspruch darauf hätten. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in aktuellen Simulationsrechnungen für das Arbeitsministerium. Umgerechnet verzichten zwischen 34 und 44 Prozent der Berechtigten auf staatliche Unterstützung, mehr als jeder dritte. Als mögliche Gründe, warum kein Leistungsantrag gestellt wird, nennen die IAB-Forscher in der 247-seitigen Studie Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder -dauer.

Der Tagesspiegel vom 1.7.2013

[Berliner Zeitung]

Die verkürzten Arbeitszeiten verschaffen Arbeitnehmern zwar Zeit, doch geht das auf Kosten von Gehalt, Rentenansprüchen und Aufstiegschancen im Unternehmen. Das trifft vor

allem Frauen, sie machen mit fast 75 Prozent den größten Anteil aller Teilzeitbeschäftigten aus: „52 Prozent aller weiblichen Arbeitnehmer arbeiten verkürzt, dagegen nur 18 Prozent der männlichen“, sagt Susanne Wanger, Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Berliner Zeitung vom 20.7.2013

[afp]

Der Anteil der Geringverdiener unter den Beschäftigten ist einer aktuellen Studie zufolge in Deutschland höher als in anderen EU-Ländern. 2010 verdiente knapp ein Viertel der Beschäftigten hierzulande weniger als 9,54 Euro brutto pro Stunde, wie aus einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht. Bezogen ausschließlich auf Vollzeitbeschäftigte lag der Anteil der Geringverdiener demnach mit rund einem Fünftel etwas niedriger, im EU-Maßstab aber immer noch vergleichsweise hoch.

afp vom 25.7.2013

[Die Welt]

Weiterbildungen machen vor allem solche Mitarbeiter, die ohnehin gut ausgebildet sind. Das zeigt eine repräsentative Umfrage unter rund 16.000 Betrieben durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. So nahm 2011 im Westen mehr als jeder zweite studierte Mitarbeiter an einer betrieblichen Weiterbildung teil – im Osten waren es 45 Prozent.

Die Welt vom 2.8.2013

[Der Spiegel]

„Wir müssen die Forderung nach lebenslangem Lernen endlich ernst nehmen“, sagt IAB-Vize-Direktor Walwei.

Der Spiegel vom 12.8.2013

[Wirtschaftswoche]

Wer in jungen Jahren Klausuren schreibt, anstatt Gehaltschecks zu empfangen, wird dafür später mit einem höheren Einkommen entschädigt. Bildung lohnt sich, so weit ist sich die Fachwelt einig – doch wie sehr? Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) errechnete im vergangenen Jahr eine sogenannte Bildungsrendite für Deutschland von fünf Prozent. Sie misst, um wie viel Prozent sich das Einkommen pro weiteres Bildungsjahr erhöht. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld.

Wirtschaftswoche vom 19.8.2013

„Wir müssen die Forderung nach lebenslangem Lernen endlich ernst nehmen.“

Ulrich Walwei

[Associated Press]

Then there are the estimated three to five million of Germany's 80 million people who live in „hidden“ poverty, refusing often out of pride to ask for state benefits they would be entitled to because of their low income, according to the Institute for Employment Research.

Associated Press vom 5.9.2013

[Frankfurter Allgemeine Zeitung]

Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre könnte dem Arbeitsmarkt nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Jahr 2030 maximal etwa 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte beschern. Würde es überdies gelingen, genauso viele Frauen wie derzeit Männer ins Berufsleben zu holen, wären dies 2030 weitere rund 2,5 Millionen Arbeitskräfte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.9.2013

[Handelsblatt]

„Das Risiko, seinen Job zu verlieren, ist in den vergangenen Jahren gesunken“, sagt Enzo Weber, Konjunkturoperte beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). „Die Chancen, als Arbeitsloser in Arbeit zu kommen, allerdings auch.“ Kurz gesagt: Es gibt wenig Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Wer drin ist, bleibt drin. Wer draußen ist, bleibt draußen.

Handelsblatt vom 18.9.2013

[dpa]

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit wirbt für unterschiedliche Lohnuntergrenzen in Ost- und West. IAB-Chef Joachim Möller hält 8,50 Euro in Westdeutschland für „gerade noch vertretbar“. Im Osten bestehe aber „ein hohes Risiko, dass bei einem Mindestlohn in dieser Höhe Arbeitsplätze verloren gehen. Dort würde ich deshalb mit einem Mindestlohn in einer Größenordnung von 7,50 Euro einsteigen“, sagte er der dpa. Werde nicht differenziert, sei zur Vermeidung von Arbeitsplatzverlusten das für Ostdeutschland vertretbare Niveau für ganz Deutschland anzusetzen.

dpa vom 17.10.2013

[Nürnberger Nachrichten]

Wie hoch die Erwerbslosigkeit im Moment ist, erfasst die Bundesagentur für Arbeit (BA). Wie sie in ein paar Wochen sein könnte, sagt bisher niemand. Diese Lücke schließt nun das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – mit dem sogenannten IAB-Arbeitsmarktbarometer. Die aktuelle Zahl der Arbeitslosen ist wichtig. Aber mindestens ebenso wichtig ist eine Voraussage über die weitere Entwicklung, ein Blick in die (nahe) Zukunft.

Nürnberger Nachrichten vom 29.10.2013